

Schweiz

Der Booster muss ein Erfolg werden

Analyse Endlich wird die Empfehlung geändert: Demnächst sollen auch unter 65-Jährige zur dritten Impfdosis kommen. Die Behörden haben zuletzt Energie am falschen Ort verschwendet. Jetzt stehen sie in der Pflicht.

Fabian Renz

So träge die Schweizer Corona-Politik wirkt, so schnell kann es manchmal gehen. Noch über die ganze letzte Woche hinweg verkündeten unsere Autoritäten, eine dritte Impfung für Jüngere sei unnötig, bestimmt jedenfalls nicht vordringlich. Seit ein paar Dutzend Stunden sind auf einmal neue Töne zu hören. Die Impfkommision, das Bundesamt für Gesundheit, der Präsident der Gesundheitsdirektoren, selbst Bundespräsident Guy Parmelin: Alle verkünden sie plötzlich, dass der Booster für unter 65-Jährige innert Kürze freigegeben werde. Noch diese Woche dürfte die Impfkommision eine entsprechende Empfehlung aussprechen.

Es ist höchste Zeit für diesen Schritt, eigentlich bereits zu spät. Die verfügbaren Daten, insbesondere aus Israel, liessen an der Notwendigkeit einer Auffrischimpfung schon lange keine Zweifel mehr zu. Inzwischen sind die Fallzahlen explodiert, die Spitäler warnen vor Überlastung. Warum die Haltung zur Drittimpfung bei den Behörden gerade dieses Wochenende drehte, ist unklar. Auffällig ist, dass sich in den letzten Tagen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Lagern mit Booster-Forderungen zu Wort meldeten. Dass Bundesrat und Gesundheitsbehörden lieber Wechselstimmungen in der Luft nachspüren, statt proaktiv zu handeln, ist keine ganz neue Erkenntnis.

Die Verspätung führt nun dazu, dass die Booster-Kampagne zu einer logistischen Herausforderung wird. Ausgerechnet in der hektischen Vorweihnachtszeit könnte der grosse Ansturm auf die dritte Spritze erfolgen. Manche Kantone dürften Mühe bekunden, die Impfbetriebe in Betrieb zu halten. Das im Sommer beigezogene Personal wird an den angestammten Arbeitsplätzen benötigt, hohe Ferienguthaben haben sich angestaut. Eine weitsichtigerer Planung hätte Engpässe verhindert und vor allem Leben gerettet.



Piks zum Dritten: Bald dürfte die Zeit reif sein für die Booster-Impfung auch für Jüngere. Foto: Michael Buholzer (Keystone)

Parmelin: «Dann müssen wir Schadensbegrenzung betreiben»

Die Auffrischungsimpfung war bisher nur für Menschen über 65 Jahre und für Angehörige von Risikogruppen vorgesehen. Nun zeichnet sich eine Kehrtwende ab. In der «SonntagsZeitung» sagte Christoph Berger, Präsident der Impfkommision: «Wir werden die Booster-Impfung für Jüngere öffnen, sobald alle über 65-Jährigen, die das wollen, eine dritte Impfung bekommen könnten.» Das werde voraussichtlich im Dezember möglich sein.

Laut «SonntagsBlick» sollen sich alle impfen lassen können, die mindestens 12 Jahre alt sind und

deren zweite Impfung mehr als sechs Monate zurückliegt. Bundespräsident Guy Parmelin unterstützt dieses Vorgehen. Er sorgt sich um die Stagnation bei der Impfquote: In der nationalen Impfwoche sind bloss etwa 25'000 Erstimpfungen verabreicht worden. Man müsse sich eingestehen, dass nicht mehr viele vom Impfen überzeugt werden könnten, sagte Parmelin in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». «Dann müssen wir das Ergebnis zur Kenntnis nehmen, Schadensbegrenzung betreiben und anderes vorantreiben: den Booster etwa.» (red)

Die volle Aufmerksamkeit der Behörden galt stattdessen zuletzt den Ungeimpften. Durch die verunglückte Impfwoche ist dabei vollends klar geworden, dass Kuschelpädagogik nicht zum Ziel führt. Mit Appellen ab Plakatwand kommt man gegen die Halb- und Viertelwahrheiten auf Youtube und Telegram, denen die sogenannten Skeptiker bereitwillig Glauben schenken, nicht an. Wer die Durchimpfungsrate wirklich erhöhen will, muss Druck ausüben: Das zeigt das Beispiel Österreich deutlich. Ab Montag gilt dort eine Ausgangssperre für Ungeimpfte. Prompt schnellte die

Zahl der Erstimpfungen letzte Woche nach oben.

Dass sich der Bundesrat zu etwas Vergleichbarem durchringen wird, ist nicht anzunehmen. Ohnehin könnten sich auch die chronisch verspäteten Reaktionen teilweise dadurch erklären, dass die Regierung in einer selbst gegrabenen Kommunikationsfalle sitzt: Im Frühling präsentierte sie ihr Drei-Phasen-Modell, das dem Land in der zweiten Jahreshälfte die «Normalisierungsphase» versprach. Nun scheint das Siebnergremium alle Schritte und Signale zu scheuen, die ein Abweichen von diesem Norma-

lisierungspfad bedeuten. Die lähmende Angst vor der Volksabstimmung am 28. November, bei der es um das Covid-Zertifikat geht, tut dazu ein Übriges.

Umso mehr sind es die Verantwortlichen der Bevölkerung nun schuldig, ihre Kräfte und Ressourcen in einen Booster-Erfolg zu investieren. Das wird auch kommunikativ keine ganz leichte Aufgabe, nachdem man den Sinn der Zusatzimpfung so lange negiert hat. Aber immerhin: Bei den Gesichtsmasken, deren Nutzen er anfänglich leugnete, hat der Bund die Spitzkehre am Ende auch geschafft.

«Das sind verleumderische Unterstellungen»

Justizinitiative Sind Richter am Gängelband der Parteien? Diesen Vorwurf erheben Befürwortende – und ernten dafür Kritik.

Es sind schwere Vorwürfe von einem, der bis vor kurzem selbst Richter war. Auf allen Stufen stünden Richterinnen und Richter unter Druck, sich im Sinne der Partei zu verhalten, die sie zur Wahl nominiert hätten, sagte Peter Diggelmann im Interview mit dieser Zeitung. Der frühere Zürcher Oberrichter spricht sich deshalb für die Justizinitiative aus, die Bundesrichter nicht mehr vom Parlament wählen lassen, sondern per Losverfahren bestimmen will. Das schütze sie vor der Politik.

Für die Gegnerinnen und Gegner der Justizinitiative sind Dig-

gelmanns Vorwürfe unbegründet. «Es gibt keinerlei Druck auf die Richter seitens der Politik», sagt Andrea Caroni, FDP-Ständerat und Präsident der Gerichtskommission. Er habe im Zuge der Initiative Richter gefragt, ob sie sich in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt fühlten. «Alle haben mir klar gesagt, dass sie sich völlig unabhängig fühlten.»

Caroni stört sich an der pauschalen Systemkritik, die von den Befürworterinnen und Befürwortern der Initiative vorgebracht werde. «Das Bundesgericht fällt seit 1874 Urteile in höchster Qualität. Die Initianten

sind nicht in der Lage, auch nur ein einziges Urteil zu nennen, das als Folge einer politischen Entscheidung zu betrachten wäre.» Stattdessen operierten die Initiantinnen mit «verleumderischen Unterstellungen». Das Vertrauen in die Schweizer Justiz sei laut Umfragen auch im internationalen Vergleich sehr hoch – was beweise, dass die Schweiz mit dem heutigen Wahlsystem für Bundesrichter gut fahre.

Es sei auch falsch, zu sagen, dass die heutige Vorselektion durch die Gerichtskommission durch Intransparenz und Seilschaften geprägt sei, wie Richter

Diggelmann es tue. Die Kommission bestehe aus 17 Vertretern von Grünen bis zur SVP. «Die ausgewogene Besetzung garantiert, dass man sich gegenseitig in Schach hält. Da kann keiner einfach seinen Parteifreund durchdrücken, wenn der fachlich nichts taugt», sagt Caroni. «Es gibt immer starke Konkurrenz.»

Zweifel am Losverfahren

Die Justizinitiative sieht vor, die Vorselektion der möglichen Bundesrichter, unter denen dann ausgelost würde, einer Fachkommission zu überlassen. Diese Kommission erhalte damit eine

riesige Macht, obschon sie ausserhalb jeder Kontrolle stünde. «Dieses obskure und übermächtige Expertengremium mit Würfelbecher ist das Hauptproblem der Initiative», sagt Caroni.

Widerspruch kommt auch aus Richterkreisen. Er teile ja einige der Kritikpunkte am heutigen Wahlverfahren, sagt Niccolò Raselli, Bundesrichter von 1995 bis 2012. «Die Lösung der Initiative ist allerdings unbrauchbar.» Zum einen garantiere ein Losverfahren eben gerade nicht, dass die Besten zum Zug kämen. «Es würde eher verhindern, dass sich fachlich kompetente Leute über-

haupt bewerben, weil sie sich nicht einem Los aussetzen wollen.» Zum anderen würde damit auch die weltanschauliche Zusammensetzung des Gerichts dem Zufall überlassen.

«Vor allem aber hat ein per Würfel zusammengesetztes Gericht keinerlei demokratische Legitimation», sagt Raselli. Diese könne es in einem demokratischen Rechtsstaat nur über die Wahl durch die gesetzgebende Gewalt geben. «Für die Wahl an ein Gericht muss jemand die Verantwortung übernehmen.»

Alan Cassidy